

DIRK JÖRKE

Von den Grünen lernen heißt verlieren lernen

Die Parallelen sind nicht zu übersehen. Auch als die Grünen 1983 in den Deutschen Bundestag eingezogen sind, galten sie als eine Chaotentruppe mit illusionären Zielen, die weder politik- noch koalitionsfähig ist. Heute ist es die Fraktion der Linkspartei, mit der die etablierten Parteien und die Meinungsmacher der Republik sich nicht abgeben wollen. Bei allen Überlegungen zur Regierungsbildung, die ja so manch erstaunliche Konstellationen ins Spiel gebracht hat, blieb sie außen vor. Das kann und wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren schleichend ändern.

Dafür sprechen zunächst mögliche strategische Überlegungen innerhalb der SPD. Als Partei der Mitte befindet sie sich durch die Etablierung einer weiteren parlamentarischen Kraft in der komfortablen Situation, zwischen mehreren Optionen auszuwählen zu können. Dafür sprechen aus der Perspektive der SPD auch die Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Warum sollte nicht auch im Bund funktionieren, was auf Länderebene möglich ist? Und schließlich würde damit auch in Deutschland eine Art europäische Normalität eintreten. Denn mit Ausnahme Großbritanniens, wo es aus wahlrechtlichen Gründen nicht zu Koalitionsregierungen kommt, ist eine regierungsfähige Kraft links von den traditionellen sozialdemokratischen Volksparteien in allen größeren Staaten vorhanden. Noch sind wir freilich davon ein gutes Stück entfernt. Dies gibt Raum, bei aller Euphorie über den Einzug der Linkspartei in den Bundestag über Ziele, Wege und auch Gefahren einer künftigen linken Politik nachzudenken.

Hinsichtlich der Gefahren ist nun ein Blick auf die Entwicklung der Grünen aufschlussreich. Sie sind gestartet, um die Bundesrepublik Deutschland zu verändern, wenn nicht gar auf parlamentarischem Wege zu revolutionieren. Basisdemokratisch, pazifistisch, feministisch und ökologisch sollte die Zukunft werden. Auf dem Weg hin zur Regierungsbeteiligung sind freilich immer größere Teile dieses »ideologischen« Ballastes abgeworfen worden. Inzwischen ist bei einigen Strategen der Grünen selbst eine gemeinsame Regierungsbildung mit den einstigen Erzfeinden aus CDU und FDP zumindest nicht mehr kategorisch ausgeschlossen.

Die hierzu erforderliche Verbürgerlichung der Grünen hat gut 15 Jahre in Anspruch genommen. Erschreckend ist aber nicht so sehr der Umstand, dass sich ihr äußeres Erscheinungsbild gewandelt hat und die einstmaligen alternativen Bürgerskinder inzwischen ganz normale Politiker mit dem diesen eigenen Habitus geworden sind. Er-

Dirk Jörke – Jg. 1971; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie in Kiel und Hamburg; 2000-2001 Promotionsstipendiat der Rosa Luxemburg Stiftung; derzeit wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Greifswald, Forschungsbereiche: Demokratietheorie, Pragmatismus, politische Anthropologie und Ideengeschichte; Veröffentlichungen u. a.: Demokratie als Erfahrung. John Dewey und die politische Philosophie der Gegenwart Wiesbaden 2003; Politische Anthropologie. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.

schreckend ist vielmehr die Leichtfertigkeit, mit der die ehemaligen politischen Ziele und Ideale auf dem Altar der »Realpolitik« geopfert worden sind. Nun mag man dafür in gut marxistischer Tradition den bürgerlichen Hintergrund sowohl der führenden Politiker als auch des Großteils ihrer Wähler verantwortlich machen. Die mit der Agenda 2010 verknüpfte Kürzungspolitik etwa konnten sie deshalb so einfach durchwinken, weil ihre Anhänger zumeist einen akademischen Hintergrund besitzen. Auch die Erklärung, dass Macht notwendig korrumpiert und die Spitzen der Grünen mittlerweile mindestens über ein vergleichbares Geschick der Disziplinierung ihrer Fraktionen und Parteitage verfügen wie die der etablierten Parteien, mag hier eine Erklärung bieten. Gewichtiger ist jedoch das Ineinandergreifen von zwei strukturellen Zusammenhängen, und zwar der spezifischen Rahmungen einer Karriere als Berufspolitiker einerseits und des immer enger werdenden Gestaltungsspielraums nationalstaatlicher Politik andererseits. Es sind diese beiden Vorgaben politischen Handelns, mit denen sich auch die Abgeordneten der Linkspartei konfrontiert sehen werden.

Im Folgenden möchte ich in einem ersten Schritt diese Bedingungen und Begrenzungen parlamentarischer Arbeit mit einigen groben Strichen skizzieren. Daran anschließend werde ich die These entfalten, dass infolge dieser Strukturen die in die Linkspartei gesetzten Hoffnungen zu einem nicht unerheblichen Teil enttäuscht zu werden drohen. Dies resultiert aus dem Dilemma, dass sie entweder als strikte Oppositionspartei den Stempel einer nicht politikfähigen »Retrolinken« aufgedrückt bekommt oder aber als kleinerer Koalitionspartner eine neoliberale Konsolidierungspolitik mit trägt. Beides dürfte auf mittlere Sicht wieder zu einem Abschmelzen in der Wählergunst führen. In einem dritten und letzten Schritt möchte ich einige Vorschläge für eine Abschwächung dieses »realpolitischen« Dilemmas unterbreiten. Dabei handelt es sich freilich nur um erste Überlegungen.

1. Professionalisierung der Politiker und Bedeutungsverlust politischen Handelns

In modernen parlamentarischen Systemen haben wir es mit Berufspolitikern zu tun. Sie fühlen sich nicht nur zur Politik berufen, sondern sind von der Politik zumeist auch materiell abhängig. Doch Politik als Berufsfeld ist in Demokratien »von einer überdurchschnittlichen Unsicherheit«¹ gekennzeichnet. Bei Verlust des Mandates droht ein oftmals als schmerzhaft empfundener Verlust von Macht. Hinzu tritt eine ökonomische Ungewissheit, wenn auch bei den meisten Parlamentariern zumindest nicht der Sturz ins ökonomische Nichts (Hartz IV) zu erwarten ist. Gleichwohl können die ökonomischen Einbußen erheblich sein – was übrigens in verstärkter Weise auf Abgeordnete linker Parteien zutrifft, die naturgemäß nicht über gute Kontakte zur Wirtschaft verfügen. Daraus resultiert eine Tendenz des Karriereerhalts. Dies geschieht zum einen durch »die soziale Schließung der professionellen politischen Positionen gegenüber den Außenseitern gleich welcher politischen Herkunft« und zum anderen durch »den Schutz vor Abwahl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern«.² Diese Einschätzung wird durch den

1 Jens Borchert, Klaus Stolz: Die Bekämpfung der Unsicherheit: Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 46 (2003), S. 148-173, 152.

2 Ebenda, S. 151.

Blick auf die neuen Abgeordneten der bereits im letzten Bundestag vertretenen Fraktionen durchaus bestätigt; denn es sind größtenteils die bekannten Gesichter.³ Die neue Fraktion der Linkspartei stellt aufgrund der Kandidatur von Vertretern der WASG einen Sonderfall dar, doch auch hier ist die Tendenz unverkennbar. Insbesondere auf den vorderen Plätzen der östlichen Landesverbände sind mit Vorliebe »Promis« positioniert worden.

Parteiübergreifend lässt sich sagen, dass bei den meisten Abgeordneten ein starkes, nicht zuletzt sozioökonomisch bedingtes Interesse an einer Wiederwahl besteht. Entscheidend für den Erhalt der beruflichen Position ist jedoch weniger das Abschneiden der eigenen Partei bei der Wahl – sofern denn die 5-Prozent-Hürde genommen wird –, sondern die Positionierung auf einem aussichtsreichen Listenplatz. Damit verlagert sich für den einzelnen Abgeordneten der verantwortliche Bezug weg vom Wähler und hin zu den Fraktionsvorsitzenden und den Strategen der Wahlpartei. Dies allein ist selbstredend unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten problematisch. Zu welchen inhaltlichen Verbiegungen dies aber darüber hinaus führen kann, hat man bei der Diskussion über die Agenda 2010 Gesetze innerhalb der SPD und der Grünen sehen können.⁴

Eine weitere Gefahr für den Bezug gegenüber dem Wähler stellt die Entwicklung von gemeinsamen Situationsdeutungen und Problemwahrnehmungen über die Fraktionsgrenzen hinweg dar. Gerade infolge der Professionalisierung und des damit verbundenen Wissensvorsprunges kommt es tendenziell zu kognitiven, aber auch habituellen Entfremdungen gegenüber den normalen Bürgerinnen und Bürgern. Dieser Entfremdungsprozess dürfte sich durch die Übernahme von Regierungsverantwortung und der damit einhergehenden Gewöhnung an ministerielle und damit bürokratische Systemlogiken verstärken.

Es sind jedoch nicht allein die durch die Unsicherheit der individuellen Karrieren bewirkte Professionalisierung und die dadurch ausgelöste Distanz zwischen den Realitätsdeutungen von Berufspolitikern auf der einen Seite und einfachen Parteimitgliedern sowie Wählern auf der anderen Seite, die dem politischen Handeln in parlamentarischen Systemen einen Rahmen vorgeben. Hinzu tritt ein beträchtlicher Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Parlamente. So werden etwa mit dem Begriff des »Postparlamentarismus« in der jüngeren politikwissenschaftlichen Diskussion all diejenigen Prozesse zusammengefasst, in denen es zur Schwächung gewählter Parlamente und einer damit korrespondierenden Aufwertung des »verhandelnden Staates« kommt. Kollektiv verbindliche Entscheidungen werden dabei im wachsenden Umfang zwischen der jeweiligen Exekutive und gesellschaftlich potenten Gruppen wenn schon nicht endgültig getroffen, so zumindest in einem Umfang vorentschieden, dass den Parlamenten lediglich die nachträgliche Bestätigung der Verhandlungsergebnisse bleibt. Der Staat tritt bei diesen Verhandlungen nur noch als *primus inter pares* auf und verzichtet auf hierarchische Vorgaben. Auch die Verlagerung politischer Debatten in Kommissionen und die damit einhergehende Heranziehung von »Experten« führt zu einer Schwächung der Legislative. Wenngleich es noch nicht zu einer »Eins-zu-Eins«-Umsetzung der jeweiligen

3 Von den 614 Abgeordneten hatten 453 bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Bundestagsmandat.

4 Vgl. Franz Walter: Die Sozialdemokratie nach Schröder, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2004, S. 554-560.

Vorschläge gekommen ist, stellen Kommissionen – nicht zuletzt durch die Inszenierungen einer übergreifenden Sachlogik – eine Einschränkung politischer Debatten wie auch des parlamentarischen Spielraums dar.

Es ist inzwischen ein Gemeinplatz, dass mit der beschleunigten globalen Interdependenz wirtschaftlicher und politischer Prozesse auch die Notwendigkeit einer suprastaatlichen Koordinierung entstanden ist. Die Entstehung und Stärkung einer Vielzahl von Regimes und Institutionen zum Zwecke einer *global governance* stellt eine Antwort auf diese postnationale Konstellation dar. Am eindrucksvollsten und am weitesten fortgeschritten ist hier sicherlich der europäische Einigungsprozess. Die Etablierung eines gemeinsamen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung kann daher auch als eine notwendige Strategie dafür, der postnationalen Herausforderung politisch standhalten zu können, angesehen werden. Dies ist jedoch mit einem erheblichen Souveränitätsverlust nationalstaatlicher Parlamente, aber auch kommunaler Organe der Selbstverwaltung verbunden. Insbesondere die durch die Europäische Kommission und den Europäischen Gerichtshof durchgesetzten Maßnahmen einer »negativen Integration«, also des Abbaus von Wettbewerbsverzerrungen, erzeugen einen wirtschaftspolitischen Rahmen, der den gewählten Vertretern auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene nur wenig Raum etwa für die Bereitstellung öffentlicher Güter lässt. Nicht zufällig ist dann auch das am weitesten reichende Beispiel einer »positiven Integration« die Europäische Währungsunion, welche mittels der so genannten Stabilitätskriterien ebenfalls zu einer erheblichen Beschränkung nationalstaatlicher Souveränität führt.⁵ Und auch wenn die so genannte Europäische Verfassung infolge der negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden zunächst wieder in den Schubladen verschwunden ist, so besitzen die Verträge von Amsterdam, Maastricht und Nizza auch weiterhin ihre Gültigkeit, wovon nicht zuletzt das gegen Deutschland angedrohte Defizitverfahren nachdrücklich zeugt.

Ist bereits unter Berücksichtigung des europäischen Mehrebenensystems von einer strukturellen Beschränkung des nationalen Gestaltungsspielraums auszugehen, so stellt sich das Problem auf der globalen Ebene in potenziert Form. Auch hier ist in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl trans- und suprastaatlicher Abkommen, Regimes und Institutionen entstanden, deren Effektivität freilich höchst unterschiedlich ist. Aber auch etablierte Institutionen haben an Relevanz gewonnen. Hier sind vor allem die GEMs (*global economic multilaterals*) Weltbank, IWF und WTO zu nennen, wobei namentlich letztere einen erheblichen Einfluss auf die Lebensbedingungen nahezu aller Menschen ausübt. Deren Entscheidungen sind zudem trotz aller Bemühungen zur Steigerung der *transparency* und *accountability* weit von einer wie auch immer vermittelten demokratischen Legitimation entfernt. Hinzu kommt, dass einer der grundlegenden Mechanismen demokratischen Regierens, nämlich die Reversibilität der Entscheidungen, im Rahmen der WTO still gestellt ist. Zukünftige Regierungen sind damit an den erreichten Grad der Liberalisierung gebunden.⁶ Dies führt zum nächsten Aspekt der Bedrohung demokratischer Souveränität.

5 Vgl. Arne Heise: Schulmeister Deutschland oder: Wie Europa getietmeyert wurde, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 7/2005, S. 819-828.

6 Vgl. Miles Kahler: Defining Accountability Up: the Global Economic Multilaterals, in: Government and Opposition, 39 (2/2004), pp. 132-158.

Wenngleich in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Auswirkungen der ökonomischen Internationalisierung auf die staatliche Handlungsfähigkeit ein gewisser Alarmismus mit dem Hang zur Übergeneralisierung vorgeherrschte, ist weitgehend unbestritten, dass sich seit Mitte der 70er Jahre die Kräfteverhältnisse verschoben haben. Die politisch durchgesetzte Internationalisierung der Kapitalmärkte und der ebenfalls politisch vorangetriebene Abbau von Wettbewerbsschranken haben die Möglichkeiten einer demokratischen Zivilisierung der Ökonomie beschnitten. Eine nationalstaatliche Zinspolitik, welche ein wesentliches Instrumentarium der keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik darstellte, ist heutzutage kaum noch möglich, und auch der Einführung marktbeschränkender Regularien zum Zwecke der Erhaltung von Arbeitsplätzen sind zunehmend Grenzen gesetzt. Hinzu kommt die internationale Konkurrenz um Direktinvestitionen, welche eine angebotsorientierte Politik zur Folge hat. Zwar ist das befürchtete *race to the bottom* bislang nicht im vollen Umfang eingetreten, aber Anzeichen eines globalen Standortwettbewerbs sind unverkennbar. Die Regierungen zeigen sich bemüht, ein »günstiges« Investitionsklima zu erzeugen, und dies bedeutet oftmals auch die Durchsetzung so genannter »unpopulärer Maßnahmen«. Diese folgen dann mit Blick auf europäische Staaten sowohl den wettbewerbsrechtlichen Vorgaben aus Brüssel wie auch einer Art vorausseilendem Gehorsam gegenüber den internationalen Kapitalmärkten.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass die Spielräume demokratisch legitimer Politik in den letzten Jahren erheblich enger geworden sind. Dem steht nun aber die Erwartung der Wähler gegenüber, dass politisches Handeln etwas Wesentliches bewegen kann, einen spürbaren Unterschied bewirkt. Paradoxerweise wird nun gerade diese Erwartung durch die oben geschilderten Strukturen und Mechanismen hauptamtlicher Politik zusätzlich geschürt, um sie dann aber gleich wieder zu enttäuschen. Denn im Wettbewerb um die Wählerstimmen sind die Parteien gleichsam gezwungen, sich durch die Formulierung von unterscheidbaren »Angeboten« zu profilieren. Sobald nun aber die »Schlacht« gewonnen ist, treten die berühmten »Sachzwänge« zu Tage, und die Versprechen können leider nicht oder nur sehr marginal eingehalten werden. Dies ist die Stunde der »Realpolitiker«, wobei hier die Fraktionsvorsitzenden eine besondere Rolle innehaben. Liegt es doch an ihnen, jene Abgeordneten, die die Wahlversprechen oder programmatischen Ideale tatsächlich auch in der parlamentarischen Arbeit weiter zu verfolgen trachten, wie vermittelt und unausgesprochen auch immer an ihre eigenen Interessen zu erinnern.

Es liegt auf der Hand, dass der hier freilich recht grobschlächtig skizzierte Mechanismus zunächst nur für die Regierungsfaktionen gilt. Die derzeitige Festlegung der führenden Bundespolitiker der Linkspartei auf »strikte Opposition« bildet daher auch einen gewissen Schutz vor der realpolitischen Falle. Gleichwohl gibt es Verlautbarungen, dass mittelfristig durchaus eine Regierungsbeteiligung angestrebt wird. Dabei wird zum einen auf die durch den Einzug einer starken Fraktion mögliche Veränderung der Diskussionsprozesse im Deutschen Bundestag hingewiesen, wodurch Spielräume für eine

nicht neoliberale Politik etwa durch die Stärkung der Nachfrageseite eröffnet werden sollen. Zum anderen werden die Hoffnungen auf die Mobilisierung sozialer Bewegungen gesetzt. Sei beides erstmal erreicht, dann könne man auch in der Regierungsverantwortung der neoliberalen Hegemonie effektiv entgegen treten. Doch gerade vor dem Hintergrund der geschilderten Rahmenbedingungen parlamentarischer Politik könnten sich diese Erwartungen als trügerisch erweisen.

2. Die Dilemmata der Linkspartei

Die skizzierten strukturellen Bedingungen politischen Handelns stellen aus zwei Gründen für eine Linkspartei eine besondere Herausforderung dar. Die demokratische Linke verfolgt eine Programmatik, die sich gegen die neoliberale Hegemonie und die durch sie bewirkten Veränderungen richtet. Wenn also FDP und CDU/CSU gleichsam mit dem Strom schwimmen können und SPD und Bündnis 90/Die Grünen spätestens seit Verkündung der Agenda 2010 sich zumindest haben mit treiben lassen, so muss die Linke sich gegen diese starke, wenn nicht gar reiße Strömung stemmen. Daraus ergibt sich ein Vorteil jener Parteien, die sich eine weitere neoliberale »Reformpolitik« zum Ziel gesetzt haben. Sie können auf die Verhältnisse, wie sie nun einmal sind, verweisen und besitzen mächtige Verbündete in Wirtschaft und Medien, wie im jüngsten Bundestagswahlkampf in einer geradezu unverschämten Weise deutlich geworden ist.⁷ Die Linkspartei will und muss demgegenüber die Interessen der sozial Schwachen und Ausgegrenzten vertreten und dabei überzeugende Alternativen formulieren – Alternativen, die im Diskurs der herrschenden Eliten nicht existieren und von diesen als utopistisch und gefährlich für den Standort gebrandmarkt werden. Dies führt zu einem ersten Dilemma, dem Wahldilemma. Entweder die Linkspartei stemmt sich programmatisch weiterhin mit aller Kraft gegen den neoliberalen Zeitgeist, dann verliert sie jedoch spätestens bei einer Regierungsbeteiligung an Glaubwürdigkeit. Oder es kommt zu einer Sozialdemokratisierung der Partei, was sie der SPD annähert und zumindest im Westen der Republik mittelfristig wieder zu einem erheblichen Stimmenrückgang führen dürfte.

Bei aller Euphorie über die durch die WASG ermöglichte Westausdehnung und den beträchtlichen Erfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl sollten die Erfahrungen mit den bisherigen Regierungsbeteiligungen auf Landesebene nicht vergessen werden. Diese haben zu einem deutlichen Zustimmungsrückgang geführt. So hat die PDS 2002 bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern 8 Prozentpunkte verloren, und in Berlin ergaben die Umfragen vor den Hartz IV Protesten einen fast 50-prozentigen Einbruch gegenüber dem Wahlergebnis von 2001. Die derzeitige Konsolidierung in den Umfragen und auch die guten Ergebnisse in Berlin bei der Bundestagswahl sind gerade kein Ausdruck einer überzeugenden Landespolitik, sondern resultieren aus dem Bundestrend. In Berlin gibt es zahlreiche Beispiele, bei denen sozialistische Rhetorik und reales Regierungshandeln auch beim besten Willen nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Die Übernahme von Regierungsposten unter den strukturellen Zwängen einer Haushaltskonsolidierungspolitik

7 Zum Problem einer durch neoliberale Interessensverbände »gesteuerten Demokratie« vgl. Ulrich Müller, Sven Giegold, Malte Arhegler: *Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen*, Hamburg 2004.

führt notwendig zur Frustration bei den Wählerinnen und Wählern. Es gibt wenige Gründe anzunehmen, dass dies auf absehbare Zeit auf der Bundesebene anders ausfallen wird. Im Gegenteil, es ist von einer Verschärfung des »Anpassungsdruckes« auszugehen. Dafür sorgen allein die skizzierten Vorgaben aus Brüssel (Europäische Kommission) und Frankfurt/Main (Europäische Zentralbank). Eine Linkspartei, die diesen Kurs durch ihr Regierungshandeln mit trägt und damit immer auch legitimiert, obwohl sie sich programmatisch klar gegen ihn ausgesprochen hat, würde aller Wahrscheinlichkeit nach bei den nächsten Wahlen abgestraft. Die Alternative einer stärker »realpolitischen« Ausrichtung vermindert zwar die Kluft zwischen sozialistischer Programmatik und konkreter Politik, man dürfte damit aber kaum an den jetzigen Erfolg anknüpfen können. Ist doch die Linkspartei nicht zuletzt deshalb gewählt worden, weil sie für einen Kurs gegen die sozialdemokratische Kürzungspolitik steht. Insbesondere in den westlichen Bundesländern würde ein realpolitischer Kurs nicht honoriert werden. Auch wäre unter diesen Umständen eine Vereinigung mit der WASG nicht möglich, denn deren Basis würde eine derartige Ausrichtung nicht mit tragen.

Dies verweist auf das zweite Dilemma, das Professionalisierungsdilemma. André Brie verweist in seinen *Sechs Thesen zur Perspektive der Linkspartei* mit Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung im Jahr 2009 zu Recht auf die Notwendigkeit einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas und den langen Atem, der hierfür erforderlich ist: »Vier Jahre sind vielleicht viel Zeit für Initiativen, Gesetzesvorschläge und Reden im Bundestag. Sie sind wenig in der Gesellschaft. Deshalb ist die geistige und politische Arbeit in die Gesellschaft hinein und gemeinsam mit ihren kritischen Teilen um keinen weiteren Tag aufschiebbar. Falls 2009 die bereits von Gysi und Lafontaine nicht ausgeschlossene Koalition mit der SPD möglich sein sollte, dann nur in einem anderen geistigen Klima der Republik.«⁸

André Brie ist auch in seiner Diagnose einer mangelnden gesellschaftlichen Verankerung der Linkspartei zuzustimmen. Es gäbe zwar innerhalb der Partei durchaus eine Reihe von alternativen Konzepten, aber über diese würde in der Gesellschaft nicht wirklich diskutiert werden. Dies liegt ihm zufolge auch an dem geringen Dialog mit sozialen Bewegungen und linken Intellektuellen. Hierfür macht er neben mangelndem Mut auch habituelle Differenzen verantwortlich. Hinzufügen kann man noch die Differenzen zwischen außerparlamentarischer Kritik, die sich immer auch an das Große und Ganze richtet, und einer notwendig eher pragmatisch ausgerichteten Politik in den Parlamenten. Letzteres führt zu dem, was oben mit »Professionalisierung« bezeichnet worden ist. Mit steigender parlamentarischer oder auch kommunalpolitischer Erfahrung wächst der Sinn für das »real Machbare« – oder eben auch für das Nicht-Machbare. Noch mal Andre Brie: »Nichtsdestotrotz wird eine Partei mit so großer kommunal- und landespolitischer Verankerung und Akzeptanz wie die PDS auch verantwortbare und realistische Antworten auf knallharte haushaltspolitische Fragen, zur Entwicklung von Kommunalabgaben, zu den Bedingungen für Kindertagesstätten, Theater oder örtliche und regionale arbeitsmarktpolitische Themen geben müssen.«⁹

8 André Brie: Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen, in: Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Texte 23 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005, S. 59-65, 64.

9 Ebenda, S. 63.

Die hiermit verbundene Fokussierung auf das »Machbare« führt dann aber oftmals zur Frustration bei den sozialen Bewegungen. Dies mag in den Kommunen nicht so dramatisch sein, kann aber auf der Ebene der Bundesländer erhebliche Verstimmungen zur Konsequenz haben – wie momentan in Berlin zu beobachten ist.

Nun dürften diese Differenzen zwischen Linkspartei und sozialen Bewegungen infolge der jetzt auch wieder bundesstaatlichen Etablierung und der daraus resultierenden Professionalisierung eher noch zunehmen. Hier ist wiederum ein Blick auf die Geschichte der Grünen lehrreich. Diese sind bekanntlich aus den Neuen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre hervorgegangen, und deren Stil wie auch Inhalt haben den frühen Fraktionen der Grünen durchaus ihren Stempel aufgedrückt. Spätestens mit dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag hat sich dies aber nachhaltig verändert.¹⁰ In der Folge ist es zu einer wachsenden Distanz auch zu jenen Resten der Neuen sozialen Bewegungen gekommen, die von der Parlamentarisierung nicht gänzlich personell ausgetrocknet worden sind. Der Eintritt in die Regierung war dann nur noch der letzte und in gewisser Weise auch konsequente Schritt.

Somit besteht zwar auf der einen Seite die Notwendigkeit einer Professionalisierung von Inhalten wie Mandatsträgern, auf der anderen Seite ist es bei den Grünen, aber auch bei den Abgeordneten der Linkspartei in jenen Ländern, in denen sie an der Regierung teilhaben dürfen, infolgedessen zu einer wachsenden Kluft gegenüber den sozialen Bewegungen gekommen. Und diese Kluft äußert sich sowohl hinsichtlich der programmatischen Überzeugungen als auch – und vielleicht noch wichtiger – im Habitus.

Mit der Bundestagsfraktion verfügt nun die Linkspartei wieder über bedeutende personelle wie finanzielle Ressourcen. Hinzu kommt die erhöhte bundesweite Medienaufmerksamkeit durch die Präsenz im Parlament.

Dies bietet die Chance, den von André Brie eingeforderten Diskurs in die und mit der Gesellschaft über alternative Politikansätze jenseits der etablierten Pfade der Angebots- und Konsolidierungspolitik zu intensivieren. Es bietet weiterhin die Chance, die alternativen Programme detailliert und in der Ausschussarbeit in Auseinandersetzung mit den Konzepten der anderen Parteien zu überprüfen, zu verfeinern und gegebenenfalls zu revidieren. Letzteres birgt aber auch die Gefahr einer wachsenden Konzentration auf das »Machbare«, etwa durch die alltägliche Konfrontation mit vermeintlichen »Sachzwängen« oder der schleichenden Akzeptanz der parlamentarischen Rationalitäten. Diese Aneignung von »Herrschaftswissen« ist mit Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung zwingend erforderlich, führt jedoch zu einem anderen Politikverständnis als dem der sozialen Bewegungen und der linken Intellektuellen.

Wahldilemma und Professionalisierungsdilemma sind freilich nur zwei Ausprägungen des Umstandes, dass eine linke Politik, die auf die parlamentarische Veränderung politischer Rahmenbedingungen zielt, diese zu einem erheblichen Teil akzeptieren muss. Bislang ist in der Bundesrepublik noch jede neue linke Kraft an dieser »Quadratur des Kreises« größtenteils gescheitert.

10 Vgl. Jens Fuchs: Der Grüne Verrat – Niedergang einer Version, Essen 2005; und – weniger polemisch – Jürgen Stern: Grüne Spitzen – Elitenbildung in einer egalitären Partei, Stuttgart 2004.

3. Was tun?

Ausgangspunkt der nachfolgenden Überlegungen ist die Hoffnung, dass trotz der skizzierten Rahmungen und Erfahrungen parlamentarischer Politik durchaus Spielräume für linke Alternativen existieren. Diese setzen jedoch einen reflexiven Umgang mit den erwähnten Gefahren voraus. Was dies bedeuten könnte, möchte ich abschließend in einigen Punkten zumindest andeuten. Es liegt jedoch auf der Hand, dass hierüber in den kommenden Monaten innerhalb der Linkspartei, aber auch mit jenen sozialen Bewegungen und Intellektuellen, mit denen man gemeinsam die neoliberale Hegemonie bekämpfen möchte, eine intensive Diskussion unabdingbar ist. Dies sollte geschehen, bevor man sich im parlamentarischen Geschäft aufreißt. Ansonsten droht das Übrumpelungsmanöver von Schröder doch noch zu einem Desaster für die Linke zu werden.

Erstens: Politik wird trotz aller Institutionen, hegemonialen Strukturen und großen Organisationen von Menschen gemacht, die diesen Rahmen vorfinden und sich in ihm bewegen. Dabei ist zu akzeptieren, dass Berufspolitiker neben den programmatischen Zielen immer auch an ihre eigene materielle Absicherung denken müssen. Ebenso sind die mit dem Begriff der Professionalisierung beschriebenen Veränderungen der jeweiligen Mandatsträger zunächst einmal zu akzeptieren. Aus der Perspektive der innerparteilichen wie außerparlamentarischen Basis führt dies jedoch tendenziell zu Entfremdungsprozessen. Dies moralinsauer als »Verrat« zu skandalisieren, ist jedoch wenig produktiv. Stattdessen ist über institutionelle Vorkehrungen nachzudenken, die der Professionalisierungsfalle entgegenwirken. Zu diskutieren wäre beispielsweise eine Doppelstrategie, die nach dem Prinzip »Zuckerbrot und Peitsche« verfährt. Zunächst zur Peitsche, den negativen Sanktionen. Und hier ist ausnahmsweise der Blick auf die Grünen hilfreich. Diese haben sich ja zu Anfang als eine Antiparteien-Partei verstanden. Und dieser Anspruch ist in den ersten Jahren institutionell mit dem Rotationsprinzip umgesetzt worden. Auch die auf Bundesebene und in einigen Landesverbänden noch existierende Trennung von Amt und Mandat sollte eine Anpassung an herrschende Mechanismen verhindern. Es ist hier nicht der Ort, das Für und Wider derartiger Instrumentarien zu diskutieren – wobei das größte Problem sicherlich in der Fokussierung der Medien auf die »Promis« besteht. Wichtig ist jedoch, dass überhaupt eine Debatte über Möglichkeiten einer stärkeren Rückkopplung des politischen Personals an die Partei wie auch an die oftmals beschworenen sozialen Bewegungen entsteht. Was nun das Zuckerbrot oder die positiven Sanktionen betrifft, so sollte sich die Linkspartei um die berufliche Absicherung ehemaliger Abgeordneter und ihrer Mitarbeiter bemühen. Dies stellt angesichts der programmatischen Vertortung und der dann doch begrenzten finanziellen Ressourcen sicherlich eine große Herausforderung dar. Zu denken wäre hier beispielsweise an eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, und auch die soziale Verankerung in den östlichen Bundesländern bietet Ressourcen.

Zweitens: In Wahlkämpfen werden Versprechungen gemacht, die zumeist nicht oder zumindest nicht in dem gewünschten Umfang erfüllt werden. Dies führt zu Enttäuschungen bei den Wählern insbe-

sondere dann, wenn man sich von einer Regierungsbeteiligung spürbare Veränderungen erhofft hat. Gerade wenn sich die Linkspartei nicht langfristig auf strikte Oppositionsarbeit festlegen möchte, muss sie realisierbare Modelle, aber auch die strukturellen Beschränkungen des Regierungshandelns kommunizieren. Dies ist mit dem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen in vielen Punkten gelungen. Es fehlt jedoch an einem Gesamtkonzept im Sinne einer langfristigen Strategie, die auf eine Wiedergewinnung politischer Gestaltungsräume zielt. Ein erster Schritt hierfür ist die Thematisierung der neoliberalen Rahmungen, und zwar nicht nur in den üblichen linken Zeitschriften, sondern in eine breitere Öffentlichkeit hinein. Dabei könnte man sich sowohl thematisch als auch organisatorisch an der Kampagne gegen die EU-Verfassung in Frankreich orientieren, die in vielerlei Hinsicht ein Lehrstück für erfolgreiche linke Politik darstellt. Einen damit zusammenhängenden Themenkomplex stellt die so genannte Konsolidierungspolitik dar, die dem politischen Handlungsraum erhebliche Grenzen aufzwingt. Deren Profiteure sind ebenso zu benennen wie Alternativen zur derzeitig betriebenen Haushaltssanierung. Zentraler Schlüssel ist die Politisierung von Eigentumsstrukturen. Hier ist erneut André Brie zuzustimmen: »In einer Zeit der fast katastrophalen politischen und geistigen Defensive der kapitalismuskritischen Linken und der faktischen Tabuisierung von Macht- und Eigentumsfragen müssen endlich auch diese wieder offensiv gestellt werden, denn die systemimmanenten Spielräume für die dringend gewordene soziale Demokratisierung und die demokratische Sozialisierung der Gesellschaft sind offenkundig erschöpft.«¹¹ Eine derartige Repolitisierung wird jedoch die von den etablierten Parteien und den Massenparteien eingeforderte »Regierungsfähigkeit« nicht erhöhen. Insofern muss gerade vor dem Hintergrund der Vereinigung mit der WASG eine intensive Diskussion über mittel- und langfristige Ziele erfolgen. Dabei ist insbesondere nach Möglichkeiten einer sinnvollen Verknüpfung parlamentarischer Realpolitik und der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen zu suchen. Ein wesentlicher Ansatzpunkt könnte dabei der Arbeitsbegriff sein.

Drittens: Sowohl PDS als auch WASG sehen sich in der Tradition der Arbeiterbewegung verwurzelt. Wesentliches Ziel von beiden Parteien ist die Schaffung von würdevollen Arbeitsplätzen. Zu diesem Zweck werden im Wahlprogramm etwa ein Mindestlohn und staatliche Investitionsprogramme gefordert. Dabei wird ein besonderes Gewicht auf Investitionen im Bildungssektor gelegt. Das ist alles gut und richtig. Gleichwohl wird an der Illusion einer Vollerwerbengesellschaft ebenso festgehalten wie an dem Glauben an eine staatliche Regulierung der Wirtschaft. Dies ist jedoch zu defensiv und hat nicht ganz zu Unrecht den Vorwurf zur Folge, bei der Linkspartei und mehr noch bei der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit handele es sich um eine »Retrolinke«. Demgegenüber müsste der Eindruck entstehen, dass auch die Linke den »Reformbedarf«, der mit dem gesellschaftlichen Strukturwandel einhergeht, akzeptiert hat – nur, dass eine linke Reform eben nicht Sozialabbau und eine Schwächung des Staates durch Privatisierungen und *public-private-partnership* bedeutet. Ansätze für einen offensiven

11 André Brie, a. a. O., S. 64.

Umgang mit der Reformrhetorik sind durchaus vorhanden – etwa die Forderung nach einer Maschinensteuer oder der Aufwertung des Bildungssektors. Es fehlt hier jedoch an einer überzeugenden Gesamtstrategie. Dies wird so lange nicht möglich sein, wie auch die neue Linkspartei am Ziel der Vollbeschäftigung festhält. Demgegenüber ist die Entwicklung von Szenarien jenseits der Erwerbsgesellschaft erforderlich. Selbstverständlich wird Arbeit auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, und die geburtenschwachen Jahrgänge werden vielleicht auch wieder eine höhere Erwerbsquote ermöglichen, aber wir müssen uns vom fordistischen Gesellschaftsmodell verabschieden. Bei der Suche nach Antworten auf diese Herausforderung eine Meinungsführerschaft zu gewinnen, sollte eines der wichtigsten Projekte für die nächsten Jahre sein.